

Pressemitteilung

Rechte stärken heißt Armut bekämpfen

Berlin, 23. September 2025 – Das Recht, selbstbestimmt über die eigene Sexualität und Familienplanung entscheiden zu können, ist ein zentraler Hebel für die Bekämpfung von Armut. Das zeigt die heute veröffentlichte Studie „Rechte stärken, Armut beenden“, herausgegeben von der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW) und dem Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Mit dem Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten (SRGR) eröffnen sich, insbesondere für junge Frauen und Mädchen, reale Perspektiven auf Bildung, Erwerbstätigkeit und damit ein gesundes, selbstbestimmtes und wirtschaftlich unabhängiges Leben. Anhand von Daten und Interviews mit Jugendaktivist*innen aus Äthiopien, Kenia, Tansania und Uganda zeigt die Studie, vor welchen Barrieren junge Menschen beim Zugang zu Aufklärung, Gesundheitsdiensten und Verhütungsmitteln stehen, berichtet aber zugleich von fortschrittlichen Ansätzen und erfolgreichen Projekten.

Viele Projekte geraten jedoch zunehmend unter Druck. Durch den Rückzug internationaler Geber wie der US-amerikanischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit USAID sowie geplante Kürzungen auch im deutschen Bundeshaushalt drohen zentrale Erfolge der letzten Jahre zunichte gemacht zu werden.

„Weltweit erleben wir, wie Anti-Gender- und Anti-Rights-Bewegungen gezielt gegen die Rechte von Frauen und marginalisierten Gruppen mobilisieren. Gerade in dieser Zeit ist es ein fatales Signal, wenn Mittel für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte gekürzt werden“, mahnt Angela Bähr, Vorstandin Programme der DSW. „Deutschland muss jetzt Haltung zeigen.“

Dabei mangelt es nicht an funktionierenden Ansätzen, sondern vor allem an finanzieller Unterstützung. Modellrechnungen zeigen, dass in nur fünf afrikanischen Ländern innerhalb der nächsten 15 Jahre bis zu 9,3 Millionen zusätzliche Todesfälle durch Aids drohen, wenn nicht ausreichend in Prävention, Aufklärung und Versorgung investiert wird.

Vor diesem Hintergrund richtet die Studie einen eindringlichen Appell an die deutsche Entwicklungszusammenarbeit: Investitionen in SRGR – inklusive HIV und Aids – dürfen nicht gekürzt, sondern müssen gezielt ausgebaut werden. „Europäische Länder müssen helfen, die Lücke zu schließen, die durch den Ausfall der USA gerissen wurde“, fordert Colette Rose, Projektkoordinatorin Internationale Demografie am Berlin-Institut und Mitautorin der Studie. Denn Investitionen in die reproduktive Selbstbestimmung junger Menschen in Afrika hätten eine doppelte Wirkung: „Sie stärken individuelle Rechte und tragen dazu bei, strukturelle Armut zu durchbrechen.“

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Nele Disselkamp

info@berlin-institut.org

Tel. 030-22 32 48 45

www.berlin-institut.org

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)

Nicole Langenbach

nicole.langenbach@dsw.org

Tel. 0511 94373-20

www.dsw.org